



**Hariri-Plakat in Beirut:** Ein Staat, in dem nichts zusammenpasst und der doch irgendwie funktioniert

WALID HANZEH / SHUTTERSTOCK

## Trittsicher am Abgrund

**Libanon** Die Festsetzung von Premierminister Saad Hariri hat für Saudi-Arabien nicht das gewünschte Resultat gebracht. Die schiitische Hisbollah ist gestärkt, die Bevölkerung geeint.

Der Libanon ist in einem seltsamen Taumel. Überall, in den sunnitischen Dörfern des Nordens, in Beirut, in den Hochburgen der schiitischen Milizpartei Hisbollah im Süden, hängen nun die gleichen Poster: Kullna Saad, „Wir alle sind Saad“.

Ausgerechnet Saad Hariri, über Jahre verspottet als glückloser Sohn des großen Rafiq Hariri, als Geschäftsmann gescheitert, als Premier seit Ende 2016 ohne Fortune, ist zum Helden einer ausnahmsweise einmal geeinten Nation aufgestiegen. In Abwesenheit. Genauer: weil er auf Besuch in Saudi-Arabien offensichtlich nicht ganz freiwillig sein Amt aufgab und nach Ansicht der verdutzten Libanesen und der restlichen Welt seither dort vom Königshaus festgehalten wird.

Dabei sollte er doch exakt andersherum aufgehen, der Plan Saudi-Arabiens. Deswegen Minister für die Golfregion, Thamer al-Sabhan, hatte schon vor Hariris Besuch geraunt, es stünden „absolut erstaunliche

Entwicklungen“ in Sachen Libanon und Hisbollah an. Die folgten dann auch.

Kaum in Riad angekommen, verlas Saad Hariri am 4. November eine Rücktrittserklärung im dortigen Staatsfernsehen: Wegen Gefahr für Leib und Leben trete er hiermit zurück. Die Hisbollah und Iran, deutete er an, trachteten ihm nach dem Leben. Was auf den ersten Blick nicht ganz abwegig erschien: 2005 starben Rafiq Hariri, sein Vater und damaliger Premier, sowie 21 weitere Menschen bei einem Sprengstoffanschlag. Als mutmaßliche Täter hat ein internationales Sondertribunal mehrere Angehörige der Hisbollah angeklagt.

Der Rest von Hariris Einlassungen, dass die Hisbollah sich wie ein Staat im Staate aufführe, war nicht falsch. Nur eben auch nicht neu. Und erst im Dezember 2016 hatte Hariri zwei Hisbollah-Minister in sein Kabinett aufgenommen.

Der Zorn der Libanesen wandte sich nach der offensichtlichen Entführung ihres Regierungschefs nicht gegen die Hisbollah,

sondern gegen Saudi-Arabien. „Wie können sie einfach den Premier einsacken?“, ereiferte sich ein Parteigänger Hariris auf einer der Spontandemonstrationen. „Die haben damit unser ganzes Land erniedrigt!“ Auch Präsident Michel Aoun befand: „Absolut inakzeptabel!“

Dass Hariri selbst später bekräftigte, er werde keineswegs festgehalten, passte nicht zum Ton der Erklärung, die er vom Blatt abgelesen hatte und deren girlandenreiches Hocharabisch ihm eigentlich fremd ist. Es passte auch nicht zu seiner Wortkargheit in Telefonaten mit besorgten Verwandten, denen er immer wieder einsilbig versicherte, es sei „alles in Ordnung“.

Karl Sharro, ein nach London emigrierter Architekt und so etwas wie der satirische Chronist des libanesischen Geschehens, schrieb nach Betrachten der Hariri-Fotos: Er vermisse nur noch eine Tageszeitung, die ins Bild gehalten werde mit einem Fingerzeig zum Datum – wie es sich gehöre für ordentliche Geiselaufnahmen.

Die absurde Episode passt in gewisser Weise zu diesem Land, in dem nichts zusammenpasst und das trotzdem irgendwie funktioniert. Dennoch weckte sie Sorgen.

Nonstop liefen im libanesischen Rundfunk die Diskussionsrunden, sie ventilierten die Angst vor einem erneuten Bürgerkrieg. George, der christliche Geldwechsler aus der Nachbarschaft, erzählte von Hamsterkäufen, Mohammed, ein muslimischer Parkplatzwächter, sprach von besorgten Inspektionstouren seiner Kunden, ob die Dächer ihrer Wochenendhäuser in den Bergen winterfest seien. Aber, auch das sehr libanesisch, nach ein paar Tagen der Verwirrung kam der nationale Schulterchluss und dann der Übergang zur Tagesordnung: Im Spinneys-Supermarkt des Christenviertels Aschrafija habe es keine Hamsterkäufe gegeben, sagt ein Angestellter und fügt an: „Sie sind Journalist? Haben Sie schon unser Sonderangebot an der Fischtheke gesehen? Könnten Sie das erwähnen?“

Die Sorge, dass der Libanon nun vor einer Regierungskrise steht, geht an der Realität vorbei. Der Libanon ist gewissermaßen eine Land gewordene Regierungskrise: Bis Ende 2016 hatte der Libanon für zweieinhalb Jahre keinen Präsidenten, weil sich die Fraktionen und ihre ausländischen Schutzmächte, vor allem Saudi-Arabien und Iran, auf keinen Kandidaten einigen konnten. Seit 2013 ist die Legislaturperiode des Parlaments abgelaufen, verlängern sich die Abgeordneten immer wieder ihre Amtszeit, da sie sich auf kein neues Wahlgesetz verständigen können. Und Saad Hariri: hatte sich vor seiner Ernennung zum Premier jahrelang tatsächlich freiwillig aus Angst vor Anschlägen im Ausland aufgehalten.

Der Libanon balanciert stets am Abgrund. Das allerdings tut er trittsicher. Als 2012 der Krieg im benachbarten Syrien voll entbrannte und Libanons Sunniten mehrheitlich gegen Syriens Diktator Baschar al-Assad standen, während die schiitische Hisbollah ihre Kämpfer als Hilstruppen für Assad über die Grenze schickte, rechneten viele mit dem Schlimmsten: dass der Libanon in den Strudel des Krieges mit hineingezogen werde.

Tatsächlich kam es in Tripoli, der Metropole des Nordlibanon, zwei Jahre lang immer wieder zu Gefechten zwischen radikalen Sunniten und Assad-Anhängern, deren Wohnviertel sinnigerweise getrennt werden durch die Syrien-Straße. Doch als die Kämpfe 2014 zu eskalieren drohten, schlossen Hariris sunnitische Block und die schiitische Hisbollah ein „Sicherheitsabkommen“. Schlagartig war Ruhe.

Das führt zurück zum mysteriösen Verschwinden des Premiers. Mohammed bin Salman, Saudi-Arabiens 32-jähriger Kronprinz, betreibt Außenpolitik wie unter Strom: Um seine Entschlossenheit gegenüber dem Erzfeind Iran zu beweisen, hat



er 2015 den Krieg gegen die schiitischen Huthis im Jemen begonnen. Im Juni 2017 hat er eine Blockade des aus seiner Sicht unbotmäßigen Scheichtums Katar verkündet, auch um dessen Beziehungen mit Teheran zu kappen. Nun, so das Kalkül, sollte der jähe Rücktritt Hariris die nächste sunnitisch-schiitische Front eröffnen – im Libanon. Lauter verwegene Anfänge, denen eines fehlt: ein Plan, wie sie erfolgreich zu Ende gebracht werden könnten.

Auch im Libanon hat der Fall Hariri nach zwei Wochen eine Eigendynamik entwickelt, die nicht gut läuft für die Urheber der Krise: Ausgerechnet Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah hat in zwei Reden die Chance genutzt, sich staatstragend zu geben. Er mahnte Hariris Rückkehr an und äußerte mit sarkastischer Milde Verständnis für Saudi-Arabien: „Wir sollten ihren Ärger verstehen“ angesichts all der Misserfolge im Jemen und anderswo. Aber Riad dürfe deswegen nicht den ganzen Libanon bestrafen.

Und dann gibt es noch etwas, das weder zur Spaltung des Libanon beiträgt noch zur Beliebtheit Saudi-Arabiens: Das Königreich möchte offenkundig Israel dazu bewegen, seinen nächsten Krieg gegen die Hisbollah doch bitte schön jetzt zu beginnen – ausgerechnet der jüdische Staat soll die Arbeit für das saudische Königshaus machen. Zwar wird ein solcher Krieg von vielen seit Langem erwartet. Doch diesmal wären die Folgen weit verheerender als 2006, als Israel zum letzten Mal angriff.

So sehr Israel und Hisbollah ihre Feindschaft schüren: Sie in voller Wucht austragen, das wollen derzeit beide nicht. Zum einen hat sich das Raketenarsenal der Hisbollah in den vergangenen zehn Jahren auf über 100 000 vervielfacht und könnte Israel allen Raketenschutzschirmen zum Trotz massiv treffen. Zum anderen konzentrieren sich beide auf einen anderen Schauplatz: Syrien. Israel will unbedingt verhindern, dass Iran und die Hisbollah sich an der Grenze zum besetzten Golan

festsetzen. Hisbollah will keine zweite Front und außerdem Ruhe im Libanon.

Ruhe wollen auch die Libanesen. Selbst in Tripoli, wo jahrelang geschossen wurde, bleibt es ruhig. Der einzige „blast“ dieser Tage, was sich mit Explosion übersetzen ließe, ist der „cultural blast“, das Kulturfestival des von ehemaligen Kontrahenten betriebenen Cafés auf der einstigen Frontlinie.

Vor Hariris Verschwinden, sagt eine Anwohnerin, die auf ihrem Balkon früher ein Funkgerät hatte, um die Kampfansagen zu verfolgen und rechtzeitig in den Keller zu kommen, sei der Premier bei Sunniten unbeliebt gewesen. „Aber seit die Saudis ihn entführt haben, sind hier alle solidarisch.“ Die letzte schwere Ballerei weit und breit habe es am Wochenende in den Bergen weiter östlich gegeben: Pünktlich zum Ende der Schonzeit schossen Jäger mit Schnellfeuergewehren auf Vögel, die auf den Stromleitungen saßen, und brachten das gesamte Netz des Nordlibanon zum Absturz.

Die meisten Libanesen sind zwar zutiefst unzufrieden damit, dass die Hisbollah den Staat im Würgegriff ihrer militärischen Macht hat. Aber sie handelt gleichzeitig besonnen genug, um gemeinsam mit den anderen Fraktionen das Land aus dem Krieg herauszuhalten, den sie als ausländische Besatzungsmacht in Syrien führt. Der Rest ist zweitrangig.

Da gilt dieselbe Flexibilität, die auch Libanons Präsident Michel Aoun gezeigt hat: Im Bürgerkrieg erklärte der maronitisch-christliche Armeegeneral 1989 den syrischen Besatzern den Krieg, verlor und floh nach Frankreich. Seit seiner Rückkehr aus dem Exil 2005 paktiert er mit der Hisbollah, Assads treuestem Verbündeten, was ihm 2016 schließlich den Einzug in den Präsidentenpalast sicherte.

Nach Hariris Verschwinden nun verkündete Aoun: Nichts von dem, was der sage, solange er in Riad sei, dürfe man ernst nehmen. Ebenso wenig erkenne er dessen Rücktritt an, bevor Hariri den nicht persönlich einreiche. Im Libanon.

Das stürzt Saudi-Arabien ins Dilemma. Blicke Hariri dort, machten ihn die Libanesen zur Lichtgestalt der nationalen Einheit – egal, was er sagt. Und wenn sie ihn wirklich, wie am Mittwoch angekündigt, nach Paris ausreisen lassen, könnte er die jähe Welle der Popularität nutzen und womöglich gar von seinem Rücktritt zurücktreten. Vermutlich, um dem vorzubeugen, durfte er am Dienstag von Riad aus verkünden: Er werde bald zurückkehren, aber seine Familie in Saudi-Arabien lassen, zu deren Sicherheit, „im Königreich des Guten“.

Christoph Reuter



**Animation: Wer steckt hinter der Hisbollah?**

spiegel.de/sp472017libanon  
oder in der App DER SPIEGEL